

vierteljährlich
im Stadt, Orts-
und Nachbarort-
verkauf Mk. 2.10,
außerhalb Mk. 2.20
einschließlich der
Postgebühren. Die
Einzelnummer des
Blattes kost 10 Pf.
Erscheinungsweise
täglich, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Festtage. "

Ge gründet 1877.



Die monatliche Heft-
oder deren Raum
16 Pfennig. Die
Reklamengeld oder
deren Raum 20
Pfennig. Bei
Wiederholungen
unveränderter An-
zeigen entsprechend
der Rabatt. Bei
erhöhter An-
zeigensweise und Kon-
kurrenz ist der
Rabatt umfänglicher.

Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 19 | Druck und Verlag in Altensteig. | Freitag, den 24. Januar. | Amtsblatt für Pfalzgrafenehler. | 1919

Schützt die Ostmarken!

Die Deutschen haben schon einmal in ihrer Geschichte die Schmach erlebt, daß sie sich gegen jahrelang systematisch betriebenen Raub am heiligen Heimatboden nicht anders als mit papiernen Verwahrungen schwächlich zu widersetzen wußten. Es war das in den Jahren um 1680, als uns der französische Sonnenkönig Ludwig XIV. Städte und Länder Elsaß-Lothringens mit List und Gewalt entwendete, mit dem einzigen Rechtsmittel seiner eigenen Macht und unserer Schwäche. Dennoch spottet noch jetzt die feindliche Welt unseres gerechten Anspruchs auf jene Gebiete.

Soll solche Schmach heute zum zweitenmal über uns kommen? Sollen wir den drohenden Raub der Ostmarken, die Wiene Polens auf Schlesien und Danzig nur mit entkräfteten Reden und Protesten bekämpfen, anstatt sie zu verhindern? Fort endlich mit der verderblichen Gleichgültigkeit und Indolenz, fort mit dem törichtesten Kinder glauben an die Gerechtigkeit des kommenden Friedensonglücks! Es geht da im Osten um die Lebensfähigkeit des künftigen Reiches und aller seiner Teile. Es geht um Brot und Atemraum des Schwaben so gut wie des Preußen, des Arbeiters, so gut wie des Junkers. Und es geht gegen die Frechheit eines Feindes, den eine mögliche Schart Entschlossener so aufs Haupt schlagen könnte, daß ihm seine dreiste Väterlichkeit nach deutschem Boden auf immer verginge. Wo aber bleiben diese Entschlossenen? Dem Feinde strömen seine Scharen opferwillig zu, aber wir denken, wie es scheint, nur an unseren engsten Vorteil, wo es wahrlich not tate, weiter zu denken, und die Zukunft uns frei zu halten von ihren Zerstörern. Euch, entlassene Soldaten und Offiziere, lokern ihr noch heil und gesund seid, gelten diese Worte! So gerne Euch ein jeder Nähe und friedliche Arbeit gönnen möchte — es ist dazu noch nicht Zeit, denn die schwere Pflicht des Kampfes ist noch nicht zu Ende getan.

Es genügt auch nicht allein, daß Ihr Euch politisch hinter die neue Regierung stellt. Die Regierung ruft Euch auf zum Schutz der östlichen Heimatgrenze mit der Waffe! Wohl, sie stellt es Euch frei, ihrem Rufe zu folgen oder nicht; aber wer Deutschland liebt, wer Verantwortung fühlt und die Mahnung der für uns gefallenen Kameraden vernimmt, dem steht die Wahl nicht frei; er ist gebunden durch seine Pflicht und kann nicht länger schwanken, was er zu tun hat. Keiner sage, daß es andere gäbe, die mehr Ursache hätten, sich zu melden, als er. Nein, wer sich am schwersten von seiner Arbeit trennt, der gehe zuerst und beschäme die Säumigen, die sich mit billigen Gründen selbst von ihrer Pflicht freisprechen möchten. Die besten müssen ein Beispiel geben. Nicht nur Arbeitslose und Abenteuerer will das Vaterland — nein, die Tüchtigsten gerade braucht es am meisten! Darum säumt nicht länger, sondern reißt Euch los! Mancher ist schon vorangegangen, und Ihr werdet nicht allein sein!

Meldungen Freiwilliger nehmen die Bezirks- und Generalkommandos entgegen. Alles Nähere ist dort zu erfahren.

Neues vom Tage.

Der Zentralrat gegen Weimar.

Berlin, 23. Jan. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat gegen die Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar Einspruch erhoben und nach Besprechung des Verfassungsentwurfs des Dr. Preuß beschlossen, die Volksbeauftragten zu ersuchen, einen Entwurf auch von sozialdemokratischer Seite ansarbeiten zu lassen.

Bayern gegen den deutschen Verfassungsentwurf.

München, 23. Jan. Die Presse lehnt den Verfassungsentwurf des Dr. Preuß für das Reich entschieden ab. Der Entwurf würde eine solche Vereinheitlichung bringen, daß die Einzelstaaten der Reichsgewalt gegenüber bedeutungslos wären. Die Selbstständigkeit im Verfassenswesen sei eine Frage der Selbsterhaltung. Die übertriebene Zentralisierung werde auch dem Anschluß Deutsch-Österreichs nicht förderlich sein.

Die deutschen Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter.

Berlin, 23. Jan. Ueber die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen kann folgendes gemeldet wer-

den: Im Anknüpfung an den Schriftwechsel kündigte der deutsche Vorsitzende der Kommission für Kriegsgefangene in Spaan Major Bay an, daß umgehend Vorarbeiten für die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen würden. Die Vertreter der Obersten Exekutivleitung der Alliierten lehnte das Ersuchen ab und erklärte, daß Marshall Foch nur die Weitergabe und Verantwortung der deutschen Bitte um „möglichst rasche Rückbeförderung“ der deutschen Kriegsgefangenen zugesagt habe. Die Entscheidung liege noch bei den alliierten Regierungen. Die Antworten der Regierungen sehen noch aus. Und niemand wisse, wie sie ausfallen werden. Es sei durchaus möglich, daß die Entente mit der Rückführung einzelner Kategorien der deutschen Kriegsgefangenen einverstanden sei, es sei aber auch möglich, daß die alliierten Regierungen das deutsche Ersuchen ablehnten. Von deutscher Seite wurde daraufhin vorgeschlagen, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen aufzustellen und der deutschen Untersuchungskommission zu überreichen. Auch dies wurde französischerseits abgelehnt, mit dem Hinweis, daß bis 1. März etwa 200 000 Kriegsgefangene in Nordfrankreich konzentriert sein würden, um dort alles wieder aufzubauen, was die Deutschen „demoliert“ hätten. Mit dem Transport sei bereits begonnen worden, sobald eine große Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen eingeleitet habe. Dadurch werde die Aufstellung von Lagerlisten erschwert und die Angaben dieser Lagerlisten würden in kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

Die Antwort der Regierung.

Hamburg, 23. Jan. Der Volksbeauftragte Ebert hat namens der Reichsregierung auf die Proteste der Hamburger Handelskammer und Reedereien, sowie der Seevereinigung folgende Antwort erteilt: Auf das Telegramm gegen die Auslieferung der Handelsflotte wird erwidert, daß der Bezug von Nahrungsmitteln aus den Ententeländern unerlässlich ist. In dieser Zwangslage war Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen nicht möglich. Eine Besprechung mit den Vertretern der Reedereien findet am 23. Januar statt.

Hamburg, 23. Jan. Im Seemannsbund zusammengeschlossene Seeleute sind gestern zum Rathaus gezogen und haben durch eine Abordnung vom Arbeiter- rat die Vereitigung der Seemannsordnung und Abänderung des zwischen der Organisation der Seeleute und den Reedereien geschlossenen Tarifs verlangt. Sie erklärten sich gegen die Heuerbaje (Stellenvermittler der Seeleute) und gegen den Vorsitzenden der Seemannsorganisation. Nach der Forderung, daß über den Tarif und die nicht reichsgesetzlicher Regelung unterliegenden Forderungen verhandelt werden sollte, zogen die Seeleute wieder ab.

Die Spartakisten.

Braunschweig, 23. Jan. Am Donnerstag vor- mittag wird allgemein die Arbeit wieder aufgenommen. In einer Versammlung teilten Mitglieder der Braunschweiger Regierung mit, die Ausständigen haben die Berliner Regierung aufgefordert, zurückzutreten, um einer wirklich sozialistischen Regierung Platz zu machen, andernfalls sei man entschlossen, sich von Berlin loszusagen, um mit Rheinland und Westfalen unter Ausschluß vielleicht auch von Hamburg, Bremen und Leipzig (?) eine selbständige Republik zu bilden.

Halle a. S., 23. Jan. Der Eisenbahnarbeiterstreik ist heute durch Zurückziehung der nichtlebigen Beamten aus dem Dienst beendet worden.

Essen, 23. Jan. Die Zahl der Ausständigen im Ruhrrevier beträgt heute 8000.

Streik gegen Streik.

Bremen, 23. Jan. Um den andauernden Arbeits- einstellungen der radikalen Arbeiterschaft entgegenzutreten, haben sämtliche Ärzte in Bremen beschlossen, ihre Tätigkeit einzustellen, sobald durch die politischen Streiks der Verkehr und die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Wasser, Gas usw. gefährdet oder durch die radikale Regierung Bürger der Freiheit beraubt werden. Die Apotheker schlossen sich den Ärzten an.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 23. Jan. Wie die „Kreuzzeitung“ von untermittelter Seite hört, haben die Polen kürzlich sieben deutsche Geiseln, die sie festgenommen und eingekerkert hatten, ohne jeden Rechtsgrund erschossen. Unter den Getöteten befindet sich der Rittergutsbesitzer v. Haza-Radliß, der im Jahre 1912 als deutscher Kandidat für den Reichstagswahlkreis Oberriß-Samter-Birnbaum aufgestellt war. Die Leichen der Erschossenen wurden von den fanatischen Polen dann noch in grauenvoller Weise verstümmelt und geschändet.

Bromberg, 23. Jan. Amtlich Steinburg wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten, darunter der Führer, ein früherer deutscher Offiziersstellvertreter (1), wurde sie abgewiesen. Bei den Kämpfen bei Hopfengarten am 20. und 21. Januar wurden bei Tagesanbruch noch 76 polnische Tote festgestellt.

Litauen, 23. Jan. Estland und Nordlitauen sind nunmehr durch das tatkräftige Eingreifen finnische Freiwilliger fast vollständig von den bolschewistischen Truppen gesäubert worden. Zuletzt wurden Rungerborg und Rarva genommen. In Rarva soll außer zahlreichen Kriegsmaterial Trophäen, der die Rittertruppen persönlich zum Widerstand aufforderte, in die Hände der Angreifer gefallen sein. Durch das Vordringen der Esten in der Richtung auf Walk sind die rückwärtigen Verbindungen der in der Gegend von Riga stehenden bolschewistischen Truppen gefährdet. Trophäen in Kurland Litauen noch ernstlich bedroht. Von den in Riga und Litauen zurückgelassenen Vertretern des deutschen Gesandten schickte jede Nachricht. Die Bolschewisten haben zahlreiche Personen hingerichtet. In Kurland befinden sich unter ihren Opfern einige Pastoren und der Führer der lettischen sozialdemokratischen Partei in Riga, Dr. Wassmann.

Brest-Litowsk, 22. Jan. Die Presse begrüßt die ukrainische Kriegserklärung an die Bolschewiki. Die Ukraine wird sich auf die Abwehr beschränken. Oberkommandierender ist Petljura. Täglich treffen gallizische Truppenteile zur Verstärkung ein. Von einer Mobilisation wird vorläufig abgesehen. Schitomir und Tscharnigow befinden sich wieder in der Hand der Regierungstruppen.

Die deutschen Kabel.

Bern, 23. Jan. Der „Natin“ weist darauf hin, daß das eine der deutschen Uebersee-Kabel Amerika, das nach der Kriegserklärung von den Engländern durchschnitten worden sei, von England übernommen wurde, und verlangt dementsprechend, daß das andere Kabel im Friedensvertrage Frankreich zugesichert werde.

Heimkehr.

London, 23. Jan. (Reuter.) Seit dem 1. Januar haben 3330 internierte deutsche Zivilpersonen England verlassen, um in die Heimat zurückbefördert zu werden. 1600 Personen haben London und Hull am 11. Januar verlassen, 980 weitere verließen Hull am 16. und 17. Jan., um nach Deutschland zurückzukehren.

Schweizerische Wünsche.

Bern, 23. Jan. Der „Democrat“ meldet: Die Pariser Reise Adors gilt in erster Linie der Rheinschiffahrt, der Aufhebung des Gotthardvertrags und der Behebung gewisser Schwierigkeiten an der schweizerischen Nordgrenze. Der Kanton Schaffhausen solle entsprechend dem einstimmigen Wunsch seiner Bevölkerung des Charakters als Enclave entkleidet werden und die badijschen Grenzstriche der Kantone Basel und Schaffhausen zur Schweiz geschlagen werden. Als vierte Forderung wird Schadenersatz für die deutscherseits von der Schweiz geforderten hohen Kohlenpreise verlangt.

Der Vorfriede abgelehnt?

London, 23. Jan. „Morning Post“ meldet aus Paris, die Verbände haben den Antrag Deutschlands, einen Vorfrieden abzuschließen, abgelehnt.

Die Republik Irland.

London, 23. Jan. Wie Reuter meldet, hat der irisch-republikanische Kongress, der aus etwa 40 Mitgliedern des Unterhauses (Sinnfeiner) besteht, im Mansionhaus in Dublin Irland zur Republik erklärt. Graf

Devalera, der noch in englischer Gefangenschaft sich befindet, wird voraussichtlich zum Präsidenten gewählt werden. Graf Plunkett, Devalera und Griffith wurden zu Abgeordneten für die Friedenskonferenz ernannt. Von England verlangt man die Zurückziehung seiner Truppen aus Irland. (Die Remonster "World" meldet, England wolle Irland zu einem Kronland erklären, d. h. zu einem Land, das erblich mit dem Königum Großbritannien verbunden sein soll.)

Aus der Wola.

Berlin, 23. Jan. Das französische Oberkommando hat im Betrieb der Eisenbahn des besetzten deutschen Gebiets vom 20. Januar ab die Einführung des 10stündigen Arbeitstags anstelle des bestehenden 8 Stundenarbeits Tages beschlossen. Gegen diese den Waffenstillstandsbedingungen zumwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Wola (Waffenstillstandskommission) in Spaa eine Protestnote überreicht.

Berlin, 23. Jan. Auf Anregung der Regierung wird ein Teil der Regierungstruppen, die an den militärischen Maßnahmen in Berlin beteiligt waren, nach Schlesien zum Schutz der Landesgrenze und Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenrevier beordert werden.

London, 23. Jan. Reuter erzählt, daß die polnische Militärbehörde in Krakau auf die Nachricht, Hoch habe geduldet, daß den Polacken die Befreiung der gesamten Slowakei gestattet werden sollte, die Zurückziehung der polnischen Abteilung auf Szeg (S) und Crawa (C) befohlen habe.

Amerikanischer Schadenersatzanspruch.

Bern, 22. Jan. Nach einer Washingtoner Meldung wird der Bewahrer fremden Eigentums, Palmer, auf dem Kongreß beantragt, das deutsche Eigentum im Gesamtwerte von 1/2 Milliarden Dollar zur Befreiung der amerikanischen Schadenersatzansprüche gegen Deutschland infolge der Beschlagnahme amerikanischen Eigentums zu verwenden.

Wieder einmal Herr Gerard.

New York, 22. Jan. (Havas.) In einem Vortrag im Institut der Künste in Brooklyn sagte der frühere Reichsminister der Vereinigten Staaten in Deutschland, Gerard, Deutschland müsse gezwungen werden, die Schäden, die es verursacht habe, bis zum letzten Heller zu bezahlen. Er habe keinen zulässigen Vorwand für das Eindringen in Belgien gehabt. Am 10. August 14 habe Wilhelm II. Gerard erklärt, daß man aus strategischen Gründen in Belgien einmarschieren müsse. Deutschland könnte nur in den Völkerbund aufgenommen werden, nachdem es einige Jahre Ruhe geleistet habe. Der frühere Kaiser sei verantwortlich für den Krieg und die begangenen Grausamkeiten verantwortlich und müsse vor einem Gericht gestellt werden.

Die italienischen Arbeiter in Frankreich.

Paris, 23. Jan. Zwischen den zuständigen italienischen und französischen Behörden wurde ein Vertrag ausgearbeitet, der die nach Frankreich oder seinen Kolonien zugewanderten italienischen Arbeiter den französischen Arbeitern gleichstellen wird.

Die Härjorge für England.

Paris, 23. Jan. In einer Sitzung der an der Friedenskonferenz beteiligten Minister wurde auf Anregung Wilsons beschlossen, alle in Rußland bestehenden Gruppen außer Finnland und Polen, einzuladen, je drei Vertreter zu einer Konferenz auf die Prince-Justin im Marmorameer zu entsenden, um in freundschaftlicher Weise mit Vertretern der Verbündeten und deren Angehörigen über die Wünsche der Russen zu beraten und eine alle Teile befriedigende Lösung der Streitfragen zum Wohle Rußlands herbeizuführen.

Rote Rosen.

Roman von O. Courtts-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Gräfin Gerlinde war, nachdem Kaiser mit Josta und ihrem Vater fortgezogen war, wie eine verlorene Löwin durch ihr Zimmer geschritten, ruhelos, mit bleichem Gesicht und unheimlich funkelnden Augen. Zuweilen blieb sie stehen, fixierte geistesabwesend auf irgend eines der alten, kostbaren Möbel, oder rückte nervös an einem der wertvollen Klappstühle.
Endlich sank sie müde in einen der hohen Beinhühle. Auch diese zeigte das Wappen der Kambers, den springenden Eber über drei Rosen, in kunstvollen Schnitzereien. Sie hatte, ehe sie sich niederlegte, auch die Wappen angefaßt und flüchtig an den Ursprung derselben gedacht.
Ein Ahnherr der Grafen Kamberg war mit seinem Landesherren auf der Jagd gewesen. Dieser hatte einen wilden Eber erlegen wollen, dabei war ihm der Speer zerbrochen und er war zu Fall gekommen. Der verwundete Eber hatte sich auf den Landesherren gestürzt, aber im letzten Moment hatte der Ahnherr diesen mit seinem eigenen Speer getötet und diese hatte dem verwundeten drei rote Rosen auf sein Rissen gelegt, als Zeichen ihrer Dankbarkeit.
Danach hatte der Landesherr bestimmt, daß die Grafen Kamberg den verjüngten springenden Eber mit dem abgebrochenen Speer und die drei Rosen im Wappen führen sollten zum Gedenken dieser Tat. Und jeither galten rote Rosen dem Grafen Kamberg als glückbringendes Symbol. Gräfin Gerlinde schenkte diese alte Geschichte wenig interessiert. Was kümmerte sie jetzt die Vergangenheit. Mancher Gegenstand, der sie hier umgab, hatte eine noch interessantere Geschichte. Von Generation auf Generation hatten sich diese Besitztümer vererbt, all diese Waffen, Rüstungen, Brüstergelände und Kostbarkeiten. Manches davon war wohl als Siegesbeute aus fernem Ländern herbeigetragen

Portugal Monarchie.

Lissabon, 23. Jan. (Havas.) Die Stadt Salencia do Dinho hat sich gestern früh den Monarchisten ergeben. In Porto trafen 1500 Mann Fußtruppen und Reiterei ein, unter denen sich auch zahlreiche bewaffnete Bürger befanden. Der Zug rückte unter den Klängen des Königsmarsches ein. Vor der Kaserne wurde die Ausrufung der Monarchie verlesen. Auf dem Palast des Königs wurde die blaurotweiße Flagge gehißt. Die republikanische Flagge wurde öffentlich verbrannt.

Griechische Gebietsansprüche.

Paris, 23. Jan. Die griechische Regierung ließ auf der Friedenskonferenz eine Denkschrift überreichen, worin Nord-Epirus, Thracien, Konstantinopel, die Inseln des östlichen Mittelmeeres und Teile von Kleinasien verlangt werden.

Eröffnung der württembergischen Landesversammlung.

Stuttgart, 23. Jan.

Um 10 Uhr eröffnet das dritte Mitglied der verfassunggebenden Landesversammlung Ritter-Heilbronn die Sitzung. Die beiden ältesten Schöf und Blas sind krank, die Verhandlungen. Ich berufe als Schriftführer die Herren Standenmayer und Lecher.

Meine Damen und Herren! Unser Et-a-dieu ist in der Umwandlung begriffen und es ist diese Versammlung nach einem neuen Recht gewählt worden. Die verfassunggebende Landesversammlung ist ein persönliches Organ des Volkswillens und nimmt eine höhere Stellung ein als die bisherigen Volksvertretungen. In ihren Entscheidungen wird sie von niemand beeinflusst, sie wird über ihre hohen Pflichten hinweg sein, das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Volks in erster Linie vor Augen zu behalten. Der Weltkrieg hat unserem Volkleben tiefe Wunden geschlagen und wir müssen bemüht sein, dem deutschen Volk wieder würdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Dieses Ziel wollen wir entschlossen entgegenstreben und ich wünsche, daß die auf die verfassunggebende Landesversammlung gesetzten Hoffnungen sich voll erfüllen mögen.

Der Alterspräsident schließt dann die Wahl des Präsidenten vor. Mit Ausnahme der Mitglieder Blas, Schumann, Haffner, Reuther, Schöf und Huber ist das Haus vollständig. Bei der Wahl scheidet die Abgeordnete Frau Müller-Paner in einem Hui die Stimmzettel. Mit 139 von 144 abgegebenen Stimmen wird Hg. Keil (Soz.) zum Präsidenten gewählt, der das Amt sofort übernimmt.

Herr Keil dankt für das Vertrauen und verpflichtet die Verhandlungen unparteiisch zu leiten. Er bittet in seiner Einführung um die Unterstützung des Hauses. Es geht, den vorläufigen Zustand in einen dauernden Übergang über und die neue Verfassung festzulegen, die allen Volkswaffen Gleichberechtigung bringe. Ein Zeichen dafür sei, daß zum ersten Mal in diesem Haus das weibliche Geschlecht eingetreten sei. Die Staatsgewalt müsse in wachsendem Maße auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Volks ordnend und ausgleichend einwirken und der gegenwärtige Zeitpunkt verlange gebieterisch eine durchgreifende Härjorge der wirtschaftlich Schwachen. Wir werden unsere Blicke aber auch den Verhandlungen über den Frieden zuwenden müssen, nach dem wir uns sehnen.

Amtliches.

Bekanntmachung der Landesbekleidungsstelle betr. bürgerliche Entlassungsanträge.

Fügung des Anspruchs der Herrschaftlichen auf bürgerliche Anzüge gilt auf Grund der neuesten hierüber erlassenen Verfügung des Kriegsministeriums vom 1. Jan. d. J. u. a.: Entlassene, welche unter Verzicht auf ihren militärischen Entlassungsantrag einen Zivilanzug zu erhalten wünschen, ist vom entlassenden Truppenteil eine Bescheinigung mitzugeben, die sie berechtigt, beim Kommunalverband einen Zivilanzug zu beziehen. Der Kommunalverband nimmt den Bezugsberechtigten diese Bescheinigung ab und Marschierung bei Ausbändigung des Zivilanzugs ab, läßt die Entlassenen in einem Verzeichnis über den Empfang des Zivilanzugs bescheinigen und legt eine Aufstellung der abgegebenen Zivilanzüge mit einer Verrechnung der Frachtkosten, belegt mit der von den Truppenteilen ausgestellten Bescheinigung, monatlich der Landesbekleidungsstelle vor, welche das Weitere wegen Ausbändigung der Kommunalverbände und ihrer Kleinhändler für ihre Mithilfe vorgeschrieben wird.

Die Marschierung sendet der Kommunalverband unmittelbar dem entlassenden Truppenteil zurück und bescheinigt die Rückgabe des Anzugs im Militärpass.

Auf die Gelegenheit des Bezugs von Zivilanzügen an Stelle des militärischen Entlassungsanzugs werden die zu Entlassenden durch die Truppenteile besonders hingewiesen. Wer mit einem militärischen Entlassungsantrag schon ausgestattet ist, hat keinen Anspruch auf Verabfolgung eines Zivilanzugs beim Kommunalverband.

Marschierung haben keinen Anspruch auf Ausstattung mit Entlassungsanzügen durch das Heer.

Innerhalb der durch die Bestimmungen gezogenen Grenzen sind bei der Verabfolgung von Entlassungsanzügen die Wünsche der Kriegsbekleidigten vorzugsweise zu berücksichtigen, im übrigen ist die Dauer der Frontdienstzeit maßgebend.

Landesnachrichten

Montag 24. Januar 1919.

* Die württ. Verlästigte Nr. 741 enthält u. a. folgende Namen: Chr. Weinert, Wildbad, vermisst. Friedr. Walz, Oberschwandorf, vermisst. Gust. Fenschel, Neuenbürg, verm. Friedr. Müller, Dornseifen, verm. Sergt. Gottl. Knapp, Hatterbach, leicht verw. Geir. Jakob Oberhardt, Neumede, l. verm. Geir. Gottlob Roth, Gbhausen, verm. Otto Fischer, Nagold, verm. Geir. Wilh. Seeger, Nagold, verm. Geir. Jakob Stahl, Gfingen, verm. Geir. Chr. Großmann, Bützgrabenweiler, l. verm. b. d. Tr. Kitz. Geir. Loh, Simsochew, l. verm. Otto Weß, Althengstett, verm. Otto Freig, Neuenbürg, verm. San.-Sergt. Wilhelm Wader, Holzbrunn, in Gefg. Chr. Eisele, Gröndel, in Gefg. Wilh. Müller, Wildberg, in Gef. Gottfried Müller, Lumligen, in Gefg. Chr. Hoyer, Dornseifen, in Gefg. Geir. A. Gwader, Stammheim, l. verm. b. d. Tr. Geir. Adolf Eschfeld, Calabach, l. verm. Hr. d. H. Wolfgang Weiglender, Calw, gef.

* Für Schw.-Kriegsbeschädigte. In einer Sitzung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde der Fall eines Kriegsbeschädigten erörtert, der im Felde beide Beine verloren hatte und dem trotzdem die Invalidenrente mit der Begründung entzogen war, daß er sich an den Verlust gewöhnt hätte. Das Reichsversicherungsamt hat dem Reichsausschuß mitgeteilt, daß diesem Kriegsbeschädigten durch die Entscheidung des zuständigen Oberversicherungsamts, die inzwischen rechtskräftig geworden ist, die Rente wieder zuerkannt ist.

worden. Vielleicht war manches Stück mit ihrem Namen versehen. Vielleicht waren in der alten wilden Zeit. Solche Schätze waren hier so gut aufgehoben wie in Schloß Kamberg. Und wenn all diese Altertümer hätten reden können, sie hätten wohl seltsame Geschichten zu erzählen gehabt. Aber keine dieser Geschichten hätte Gräfin Gerlinde ablenken können von ihren Gedanken. Und wie diese Gegenstände seit Jahrhunderten stumm auf alles blühten, was in diesen Räumen geschah, so waren sie auch stumm Zeugen des Seelenkampfes, den Gerlinde anzusehen hatte mit sich selbst.

Ihre Augen bohrten sich in diese leblosen Sachen hinein, ohne etwas zu sehen. Sie sah etwas anderes vor ihren geistigen Augen — ein schlanke, schönes Mädchen, mit prachtvollem, kastanienbraunem Haar und großen dunklen Wunderaugen. Schön war das Mädchen — und jung. Und Kaiser nannte dies Mädchen Brent und sah es mit heißen Augen an. Seine Stimme klang weich und zärtlich, wenn er „Liebe Josta“ sagte. Aber Josta von Waldow's Augen blühten ruhig und kühl, wenn sie den Verlobten ansah, und ihre Stimme war nicht weniger ruhig, wenn sie mit ihm sprach. In ihren Adern tobte nicht das heiße Sehnen nach seiner Liebe wie in den ihren. Sie wurde wohl nur ein Weib, weil er sie an einen hervorragenden Platz an seiner Seite hob. Und deshalb mußte sie selbst in die Verbannung ziehen.

Wah, daß sie dies Mädchen hätte von seiner Seite reißen können! Alles, was an Wünschen und Wollen in ihrer leidenschaftlichen Seele war, gipfelte in dem Begehren, Josta von Waldow's Seite zu verdrängen um jeden Preis.

„Wenn Wünsche töten könnten — ich würde sie töten.“ Nichts, was sie jüdischen den Jähnen hervor, und leidenschaftlicher Haß entstellte ihre Züge. Und immer wieder mußte sie sich zu ihrer Qual anmalen, wie zärtlich und entzückt Graf Kainer seine Braut beträchtet hatte.

„Er liebt sie — er liebt sie.“ dachte sie, wie im Frost zusammenschauernd. „Aber er weiß auch, daß sie ihn nicht liebt, und deshalb hält er seine Gefühle verborgen. Dies Bewußtsein wird ihn quälen, wie es mich quält, daß er mich nicht liebt. Das muß mir ein Trost sein. Und an diesem Punkte werde ich mich halten.“

„Du und sie. Ich werde zwischen ihnen stehen und nicht dulden, daß sie glücklich werden. Glücklos soll er sein, solange er kein Glück nicht bei mir sucht. Hüte dich, schöne Josta, hüte dich, ihn zu beglücken! Ich werde es nicht leiden — und wenn ich ein Verdrehen begehen müßte. — Du sollst ihn nicht beglücken — du nicht! Mein ist er, mir gehöret er, kraft meiner Liebe! Und ich werde mit dir kämpfen um seinen Besitz bis zum letzten Atemzug!“

Ihr Gesicht verzerrte sich, ihre Augen glühten. Liebe und Haß zerrissen ihre Seele. Aber nur der Haß war echt. Ihre Liebe war es nicht, sie war nicht rein und selbstlos, wie es wahre Liebe ist. Es war mehr begehrende Leidenschaft, ein egoistisches Brennen des Wunsches. Wie ermattet von ihren wilden Gedanken sank sie in sich zusammen und schrie sich über die Augen, als müsse sie qualende Bilder fortwischen. Und dann erhob sie sich matt und tastete nach der Klingel, um einen Diener herbeizurufen. Als er erschien, fragte sie hastig in sprödem Tone:
„Ist der Herr Graf zurückgekehrt?“

„Nein, Eure Gnaden. Der Herr Graf haben telephoniert, daß man ihn erst um sieben Uhr mit Graf Henning erwarten soll.“

„Gut. Bringen Sie den Tee!“ befahl sie.

Der Diener verschwand.
Gräfin Gerlinde wanderte wieder auf und ab, bis der Diener den Tee brachte. Sie nahm eine Tasse davon, stark und heiß, um die Mattigkeit ihrer Glieder zu bekämpfen. Ein Bild in den venezianischen Spiegel zeigte ihr, wie blaß und entsetzt sie aussah. Sie erschrak.

„Ich muß ruhig werden, muß ohne solche Erregungen auf mein Ziel lossteuern. Solche Kämpfe und Aufregungen untergraben die Schönheit. Und ich muß schön sein, wenn ich siegen will.“ dachte sie. Sie wusch sich zur Ruhe und trat an das Fenster, um eine Weile draußen die Residenzler auf der Promenade zu betrachten. Ein Hofwagen fuhr vorbei mit dem Erbprinzen und seinem Erzieher. Verschiedene Equipagen folgten. Das alles zog schemenhaft an ihr vorbei. Aber sie wurde ruhiger dabei und gewann ihre Selbstbeherrschung zurück.

Fortsetzung folgt.



Neueinteilung der neutralen Zone. Nach einer Vereinbarung mit der Entente ist der bisher in IVa und IVb getrennte Abschnitt der neutralen Zone in zwei selbständige Abschnitte geteilt worden. Der bisherige Abschnitt IVa (Unterabschnitt Frankfurt) heißt jetzt Abschnitt IV mit dem Dienstsitz in Frankfurt a. M., Lamasanlage 9. Die Grenzen des Abschnitts IV gehen im Norden bis an den Bräudenkopf Koblenz, im Süden bis zur heilighausischen Landesgrenze. Abschnitt IVb heißt jetzt Abschnitt V und hat den Dienstsitz in Karlsruhe.

Nach der französischen Besatzungszone, angenommenen Elsass-Verordnungen, sind Palette mit Lebensmitteln ohne anderen Inhalt und ohne briefliche Mitteilungen zur Beförderung über Frankfurt-M. in Wiesbaden zugelassen worden. Palette mit anderem Inhalt und mit brieflichen Mitteilungen werden feindsicherheitsbeschlagnommen. Die französische Zone umfasst alle besetzten deutschen Gebiete südlich der amerikanischen Zone, also besonders die südlichen Teile der Oberpostdirektionsbezirke Trier und Koblenz (Infertheinisch), Rheinhessen und ferner das Bräudenkopfsgebiet von Mainz und vom Bräudenkopfsgebiet Koblenz die Kreise St. Goarhausen und den Unterlahnkreis.

Weitere Einschränkung des Personenverkehrs. Wie das Demobilisationsamt mitteilt, müssen nach Erledigung des Abtransports des Heeres von den noch verbleibenden Lokomotiven möglichst viele zur ungehinderten Aufrechterhaltung der Lebensmittel- und Kohlenversorgung verfügbar sein. Das ist aber nur möglich durch äußerste Einschränkung des Personenzugverkehrs. Es wird daher mit einer weiteren Einschränkung der Reisegelegenheit für Zivilpersonen spätestens vom 27. Januar ab gerechnet werden müssen. Wie verlautet, wird auch teilweise der Berufs- und Arbeiterverkehr davon betroffen werden.

Seife aus Braunkohle. Nach in Halle vorgenommenen Untersuchungen über das aus dem Braunkohlenteer gewonnene Gasöl hat sich ergeben, daß sich aus Teeröl eine fette Seife gewinnen läßt, die bisher nur den Nachteil hatte, daß sie sich an der Luft durch Wasseranfnahme rasch erweichte und verflüchtigte. Dieser unangenehme Tatbestand ist man bald Herr geworden, so daß sich jetzt auch Seifen von genügender Haltbarkeit herstellen lassen. Wahrscheinlich werden sich auch die Absonderungen der Delfseife, die vornehmlich in Süd-Deutschland in unerschöpflichen Mengen vorhanden sind, in der gleichen Richtung auswirken lassen. Die Prüfungen der neuen Seife sind bisher befriedigend ausgefallen.

Keine Beschlagnahme der Haushaltungsvorräte. Die „Deutsche Mlg. Ztg.“ meldet, die Nachricht, daß in den Haushaltungen Nachforschungen nach Lebensmitteln angestellt und Vorräte über eine gewisse Grenze hinaus beschlagnommen werden sollen, sei unzutreffend.

Ein regelmäßiger Kraftwagenverkehr ist zwischen Frankfurt und Darmstadt aufgenommen worden. Durch die neue Verbindung erfährt der Verkehr mit Süddeutschland eine erhebliche Verbesserung, da die Wagen Anstöße an durchgehende Züge haben werden.

Der Reichs-Verkehr hat im Reichspostgebiet in den 10 Jahren seines Bestehens sich außerordentlich entwickelt. Ende 1918 betrug die Zahl der Kunden 257 813, der Umsatz erreichte im Jahr 1918 eine Höhe von 131,2 Milliarden M., wovon 94,5 Milliarden oder 72 v. H. bargeldlos beglichen wurden.

Reichsbeamte. Das Recht, die Reichsbeamten zu ernennen und zur Ruhe zu setzen, steht unbeschadet der hiesige bestehende Vorbehalt nach unserer Verordnung dem Rat der Volksgenossen an Grund der Vorklage der zuständigen Ressorts zu.

Kriegsgefangene. Vom Kriegsministerium wird mitgeteilt, daß für den Grenzschutz Ost dringend Kräfte erforderlich werden. Folgende Gebiete sind für Verstehe vorgesehen: mobilisierter Gehalt, freie Verpflegung, freie Unterkunft, 5 Mk. tägliche Zulage, weitere 5 Mk. täglich, wenn Teilnahme an der Feldverpflegung nicht möglich ist. Meldungen sind an das Sanitätsamt Stuttgart zu richten.

Neue Partei. Mitglieder der ehemaligen Nationalliberalen Partei in Baden beschloßen in einer Versammlung in Mannheim, wieder eine eigene Partei, den „Bund der Deutschen (Liberalen) Volkspartei“, zu gründen und sich der Deutschen Volkspartei in Norddeutschland (rechtsstehende Nationalisten) anzuschließen. Die Partei will die Vertretung der alten Liberalen und nationalen Lebenslieferung in Baden sein und die Organisation über das ganze Land ausbreiten.

Stuttgart, 24. Jan. (Verfassungsentwurf.) Aus Konferenz der Regierungen der deutschen Bundesstaaten, die am Samstag den Entwurf zur deutschen Reichsverfassung beraten soll, sind die Minister Henmann und Viehsing, sowie Universitätsprofessor v. Blume nach Berlin abgereist.

Stuttgart, 22. Jan. (Ev. Landesynode.) In der Allmochtsynode wurde die Erörterung über das Wahlverfahren fortgesetzt. Der Kommissionsantrag zu Art. 2 wurde in folgender Fassung angenommen: „Die Landeskirchenversammlung setzt sich zusammen aus 55 weltlichen und 26 geistlichen Abgeordneten, die in allgemeinen, unmittelbaren, geheimen und gleichen Wahlen gewählt werden, und einem Abgeordneten der evang. theo. Fakultät. Auf den Kirchenbezirk Stuttgart-Stadt sollen 4 weltliche und 2 geistliche Abgeordnete, auf die Bezirke Cannstatt, Heilbronn, Ludwigsburg je 2 weltliche und 1 geistliche, auf die übrigen 45 Kirchenbezirke je 1 weltlicher und außerdem 21 geistliche Abgeordnete. Bei Nr. 3 und 4, Wahlfähigkeit und Wahlbar-

keit, hatte sich der Ausschuss in Hinblick der weitausgehenden Leistungen der Frau auf dem Gebiet der kirchlichen Armen- und Krankenpflege und im Blick auf die politische Wahl für die Wahlfähigkeit und Wahlbarkeit der Frauen zu der Landeskirchenversammlung ausgesprochen. Demgegenüber beantragten die Abgeordneten Ködler und D. von Römer, das passive Wahlrecht auf die männlichen Kirchmitglieder zu beschränken. Die Aufgabe der Frau liege viel mehr auf der örtlichen Ebene in der Hausgemeinschaft, die im Anschluß an die kirchliche Gemeinde gelte, als in gesetzgeberischer Tätigkeit.

Stuttgart, 22. Jan. (Aus dem Parteileben.) Die für die verfassunggebende dritte Landesversammlung gewählten Abgeordneten der Württ. Vorkerrerei, des Bauernbunds und des Weingärtnerbunds vereinigten sich zu einer Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbunds. Als Vorsitzender der Fraktion wurde Oberamtmann Bogalle, als 1. Stellvertreter Oekonomierat Vogt, als 2. Stellvertreter Regierungsrat Strobel und als Schriftführer Fabrikant Winder gewählt.

Die Zentrumsfraktion wählte in ihren Vorstand die Abgeordneten Gräber, Kiene und Walter, Beisitzer sind die Abgeordneten Sommer, Vohrer, Graf und Kreisler v. Soben, Schriftführer Becher. Als zweiter Vorsitzender der Landesversammlung wird Abg. Landgerichtsrat Walter vorgeschlagen.

Der bisherige Präsident der ersten Kammer, Fürst Hohenlohe-Wartenberg hat den Ständischen Ausschuss einberufen, um seine Auflösung zu beschließen.

Stuttgart, 22. Jan. (Schug unserer Jüvisch- und Kriegsgefangenen.) Der Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat hier eine Ortsgruppe gegründet. In zwei Versammlungen im Stadtpark wurden folgende, der Waffenstillstandskommission, dem Auswärtigen Amt und anderen Stellen übermittelte Entschlüsse angenommen: Zwei in Stuttgart tagende Versammlungen von weit über 2000 Angehörigen deutscher Kriegs- und Zivilgefangener fordern mit Entschiedenheit die sofortige Freilassung aller Kriegs- und Zivilgefangener. Mit Entrüstung verwarfen sie sich gegen jede weitere Zurückhaltung und gegen unzulässige Verhandlung der Geangenen, überzeugt, daß die ganze gestörte Welt sich diesem Protest anschließen wird. Die weitere Zurückhaltung der deutschen Geangenen kann nur neuen, unauflösbaren Hass säen, erhöht den großen Gedanken eines völkervereinigenden Weltfriedens in seinem Keime und macht ihn für alle Zeiten unrichtig.

Stuttgart, 22. Jan. (Das Aufhören der Kundenliste.) Vom 1. März ab wird vornehmlich das System der Kundenliste aufgegeben und durch das Bestellverfahren ersetzt werden.

Stuttgart, 22. Jan. (Flugplatz.) Der in einem Drittel auf hiesiger Markung gelegene Flugplatz der Fliegervereine Württemberg wurde der Stadtgemeinde zu Nacht angeboten. Die vorhandenen Gebäude sollen zu Wohnungen eingerichtet werden.

Stuttgart, 22. Jan. (Die leidige Schieferei.) In den letzten vier Wochen wurden in hiesigem Krankenhaus fünf Personen mit schweren Schussverletzungen durch Handfeuerwaffen, Sänder usw. eingeliefert. Sie waren aus Weingarten, Neckarwehheim, Weingarten, Unterberg und Großschaffheim. Daraus geht hervor, daß immer noch sehr viel Kartregul in den Händen Unbefugter ist.

Von der Jagd, 23. Jan. (Getreidelagerhaus.) In Dieringen a. d. J. wurde die Einrichtung eines Getreidelagerhauses in größerem Stil von der Getreideverkaufsgenossenschaft beschloßen. Die Gemeinde spendet 3000 Mk. zum Bauplanerwerb.

Gmünd, 22. Jan. (Militärisches.) Die „Reinzeitung“ vernimmt, wird das hiesige 2. Bataillon Inf.-Regt. 180 ab 1. Februar in ein Gebirgs-Bataillon umgewandelt. Die jetzt noch in Jona und Lentkirch liegenden Formationen werden in das hiesige Bataillon eingewiesen werden.

Kottbus, 22. Jan. (Pferdedieb.) Ein ehemaliger Soldat stiehlt ein Pferd ein und wollte es einem Landwirt um 800 Mk. verkaufen. Als er aber merkte, daß man ihm auf der Spur ist, verschwand der Verkäufer und ließ das Pferd stehen.

Mörsingen, 23. Jan. (Dieb.) In der Osterdingen Sägmühle wurde in vergangener Nacht ein fettes Schwein im Stall abgehoben und gestohlen.

Burladingen, Hohenz., 23. Jan. (Rohheit.) Weil sie mit dem Ausfall der Wahlen nicht zufrieden waren, überfielen einige Burschen den Wirt und Wirtin auf der Straße mit Steinwürfen, glücklicherweise ohne zu treffen. Darauf warfen sie am Pfarrhaus die Fenster ein.

Sigmaringen, 23. Jan. (Wahlenthaltung.) Die Zentrumspartei, die Deutsche demokratische Partei, die sozialdemokratische Partei und die Bürgerpartei fordern ihre Wähler auf, am 26. Januar zur preussischen Landesversammlung nicht zu wählen, da den Parteien keinerlei Gelegenheit geboten war, bei der Aufstellung der jetzt bekanntgegebenen Wahl mitzuwirken.

Handel und Verkehr.

Calw, 23. Jan. (Hausverkauf.) Wie wir erfahren, ist das Cafe Rem um den Preis von 46 000 Mk. an den Konditor Wurster von Agenbach übergegangen, das Schwarzwaldbau (Inb. Baumwerkmeister Albr.) am Hirsauer Weg um den Preis von 50 000 Mk. an den Weidenwärtler Lindenschmidt in Plochingen, und das den Sächsen'schen Gebirgs gehörige Anwesen am Anfang des Hirsauer Wegs um den Preis von 58 000 Mk. an Baumwerkmeister Albr.

Aus dem Gerichtssaal.

Stuttgart, 23. Jan. (Strafkammer.) Der 24 Jahre alte Christian Lang von Zell, O.L. Schläger, verurteilt in der Nacht zum 3. Dezember in dem Kleidergeschäft von Bomberger & Herz in der Poststraße hier mit 6 Genossen einen Einbruch, wobei sie Kleider im Wert von 9780 Mk. erbeuteten, von denen allerdings ein Teil wieder beigebracht wurde. Die übrigen Diebe konnten bis jetzt nicht ermittelt werden. Lang wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die 25jährige Fabrikarbeiterin Marie Hähl von hier stahl in ihrer Schlafstube zwei Beuten ufm. im Wert von 1670 Mk. und verkaufte die Gegenstände. Sie erhielt 10 Monate Gefängnis. — Auf Grund der Unversehrtheit wurde der 33 Jahre alte Nachtmüchler Johannes Weindorf in Ludwigsburg freigesprochen werden, der im Dienst aus einem Güterwagen einen Sack Haber, Kaffee, Tee, Zwieback u. a. entwendet hatte. — Ein verurteilter Hotelbesitzer, der hier verschiedene Proben seiner verwegenen Kunst abgelegt hatte, stand in der Person des 22-jährigen Mechanikers Robert Walter aus Baden vor dem Gericht. Unter Entziehung seiner zweijährigen Zuchthausstrafe, die er gegenwärtig in Karlsruhe zu verbüßen hat, wurde er zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

Die Besatzung sollte wieder erstehen. Die Gefährden in Bayern werden durch eine Verrechnung der Regierung aufgebahrt, den Reis- und Marktverkehr, der während des Krieges vielfach aufgehört hatte, wieder aufzunehmen, damit zahlreichen Gemeindefreiwilern wieder die Möglichkeit eines Verdienstes gegeben werde.

Maßnahmen gegen den Pferdeschlachthandel. In Bayern hat der sog. parlamentarische Bauernrat im Verein mit den örtlichen Bauernräten die Arbeiten der Pferdemobilisation in die Hand genommen, um den Auswüchsen des Pferdeschlachthandels entgegenzuwirken. Diese Dienste des Bauernrats sind natürlich den Pferdeschlachthandlern nicht ungenau. Die Profite, die ihnen in den ersten Demobilisationswochen so mühelos in die Taschen fließen, werden ihnen jetzt als beschaffen, und neue einzuehmen, ist ihnen jetzt fast unmöglich gemacht. Sie versuchen es nun, die Öffentlichkeit künstlich zu erzeugen und gegen den Bauernrat aufzustehen.

Die deutschen Eisenbahnen, die die auszufahrenden Lokomotiven und Wagen nach Frankreich zu führen und dort den Zugverkehr vorerst noch zu bedienen haben, sind in Orleans von der Bevölkerung heftig angegriffen worden, wie aus einem Tagesbefehl des Divisionskommandanten hervorgeht, der darauf hinweist, daß die deutschen Beamten das Recht haben, in Orleans sich frei in der Stadt zu bewegen.

Sammelnachlass. Aus Nancy wird gemeldet, daß zwischen Neu Chateau und Toul ein Prostantismus und ein Österreicher zusammenstießen. Nach den ersten Berichten soll man 20 Tote und Verwundete.

In der Nähe des Bahnhofs von Mairages (Belgien) stieg ein Sanitätszug mit einem Zuge von Umladern zusammen. Es wurden 13 Tote und 41 Verwundete gemeldet. Circa 10 Wagon wurden zerstört.

Der Kaufmann David in Wien, der einen Antritt in der Gründung einer Gesellschaft in einem Wiener Hotel anstrebte, während er selbst sich die Geldmittel und wertvollen Schmuckstücke der Ermordeten aneignete und im vorigen Sommer vom Schwurgericht zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, ist vom Staatsrat zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt worden.

Sehenswürdigkeiten. Der „Reichsbote“ in Berlin hat einen zur Einzeichnung in eine Seheutagsabgabe an den Kaiser, der am 27. Januar das 21. Lebensjahr vollendet, ausgelegt. Die Adresse soll nach Schloß Ametungen übersandt werden.

Die Leipziger Messe wird wahrscheinlich erst Ende April stattfinden.

Pöken. In Badersweiler bei Rehl ist ein Mann namens Karl Kopp an den Pöken gestorben. Die Frau ist nun ebenfalls von der Krankheit befallen worden.

Berichtigung. In unserer Reihe über die Zahl der Todesfälle in Deutschland infolge der Unterernährung ist zu lesen: 1000000 statt 50000.

Igel und Kreuzotter. Man schreibt den „R. N.“: Ich hatte mir für einen Kampf auf Leben und Tod zwischen Igel und Kreuzotter eine kleine Sandfläche zurechtgemacht und auf ihr die Feinde zusammengebracht. Der Igel ballte sich sofort kugelförmig zusammen, Bauch, Füße und Kopf im Stachelpanzer krampfhaft verborgen; die Kreuzotter bäumte sich hoch auf und blieb regungslos vor dem Igel stehen, der ungefähr 2 Meter von ihr entfernt lag. Nach einigen Minuten ging sie zum Angriff auf den Igel über, um sich bald mit blutenden Wunden, die ihr des Igels Stacheln geschlagen, zurückziehen. Einige Minuten Pause: der Igel liegt regungslos auf dem Sande; die Kreuzotter wiederholt ihren Angriff noch stärker als zuvor, muß sich indes neuerlich verwunden, blutend zurückziehen. Nach einigen Minuten beginnt sich der Igel zu regen, sich vorsichtig platt auf den Sand zu pressen, Kopf und Füße an den Bauch gezogen und unter den Stacheln geschießt, die Weichteile links und rechts krampfhaft zusammengezogen; allmählich zieht er vorsichtig den Kopf, den er ganz unter die Stacheln eingezogen hatte, nach vorne hervor und blüht nach der Kreuzotter hin. Im selben Moment stürzt sich diese neuerlich auf den Igel, der bispartig seinen Kopf in Sicherheit bringt. Und nun beginnt das Schauspiel des Todeskampfes: Während die Kreuzotter immer festiger nach dem Igel beißen will, dreht dieser langsam seinen Leib, fest an den Sand gepreßt, nach der Schlange hin, bis es ihm gelungen ist, ihr Schwanzende unter seinen Panzer zu bringen, an dem nun die Schlange förmlich festgenagelt ist. Immer wütender schlägt sie nach jener Stelle heißend und zischend hin, wo der Igel seinen Kopf fest unter die Stacheln gezogen hält. Mut und Schmerz der Schlange steigern sich von Sekunde zu Sekunde: der Igel hat mit seinem verborgenen Gebisse die Schlange am Halse erfaßt, durchgebissen und zieht sie so rasch immer mehr unter sich, ihr das Rückgrat durchbeißend, bis sie etwa noch mit einem Drittel ihres Rückens vom Kopfe her in krampfhaften Bindungen nach dem Igel schlägt. Noch wenige Minuten und von der ganzen Schlange ist bloß noch Kopf und Hals sichtbar, ein kräftiger Hund und der Hals ist durchgebissen, die Kreuzotter liegt tot im Sande. Der Igel rollt sich sofort zur Regel ein und bleibt solange regungslos geballt, bis er es durch vorsichtiges Vorziehen des Kopfes wagt, mit eigenen Augen die Katastrophe des Todes seines Gegners vorzunehmen.

Wuß Württemberg Preußen verhalten?

Die Mittelstelle (Landesausgabe) schreibt aus: Bannern wird hört man die Ansicht, daß Württemberg in großem Umfang Lebensmittel nach Preußen senden müsse, und daß aus diesem Grunde an manchen Lebensmitteln bei uns Knappheit herrsche. Diese Ansicht ist falsch. Bei den beiden wichtigsten Nahrungsmitteln, bei Getreide und Kartoffeln, ist Württemberg auf einen starken Zufuhr aus Preußen angewiesen. So hat Württemberg im abgelaufenen Erntejahr von der Reichsgetreidestelle 814 000 Doppelzentner Mehl empfangen, dagegen an Getreide in Mehl umgerechnet, 882 000 Doppelzentner abgeliefert, so daß es also 232 000 Doppelzentner mehr empfangen hat. Diese Menge kommt fast ausschließlich aus dem Norden Deutschlands. Dabei ist der zahlenmäßig nicht bekannte Bedarf der württ. Truppen während des Kriegs noch gar nicht berücksichtigt; um ihn vermehrte sich der Weizenanbau Württembergs. In ähnlicher Weise sieht es mit unserer Kartoffelproduktion aus. Kartoffeln wurden im Herbst 1918 nach Württemberg folgende Mengen abgeliefert: Aus der Herbsternte 1918 an preussischen Provinzen 140 000 Zentner (angeführt der großen Kartoffelbau Norddeutschlands im Herbstwinter 1918 bis 1917 eine nicht hoch genug anzuschlagende Leistung); aus der Frühjahrsernte 1917 aus preussischen Provinzen 138 500 Zentner. Ferner haben die württ. Bedarfsstellen im Sommer 1918 an preussischen Provinzen wieder 135 000 Zentner aus Preußen und 57 000 Zentner aus Hessen erhalten. Württemberg hat nichts abgetrieben. Fleisch bzw. Vieh wird nach Preußen überhaupt nicht geliefert. Die bisher von Württemberg verlangten Lieferungen an Vieh gingen durchweg an das Feldheer bzw. an einzelne Konzentrationen, in denen Konzentrationen für das Feldheer hergestellt wurden. Der im Lande gewonnene Speck bzw. das hieraus gewonnene Schweinefleisch wird vollständig dem inländischen Verbrauch zugeführt. Preußen erhält hieron gar nichts. Das bei den gewöhnlichen Schlachtungen von Rindern und Schafen anfallende Rohfell muß an die württ. Fettmehlfabrik abgeliefert werden. Aus diesem Rohfell wird Feintalg hergestellt, der zur Hälfte dem württ. Verbrauch zugute kommt, während die andere Hälfte an Bedarfsgebiete abgeliefert werden muß. Welche Mengen hieron nach Preußen kommen, ist nicht bekannt. Von Butter wurden geringe Mengen nach Karlsruhe, Darmstadt, Frankfurt, Straßburg, Metz und Kolmar, also nur nach süddeutschen Bedarfsbezirken geliefert. Zurzeit beträgt die monatliche Ablieferung von Butter etwa 3500 Zentner. Dergleichen müssen monatlich ungefähr 1100 Zentner Käse nach außerhalb Württembergs versandt werden. Ebenso muß Württemberg an Obst und Gemüse bestimmte Mengen abgeben. Dagegen ist Württemberg für die Einfuhr wichtiger Rohstoffe, wie Kohle, Eisen, Kalk usw. durchaus auf Preußen angewiesen. Die Ansicht, Württemberg werde von Preußen ausgebeutet, ist also durchaus unrichtig. Württemberg ist vielmehr nicht der gebende, sondern der nehmende Teil, es könnte ohne Einfuhr von Preußen gar nicht bestehen.

Legte Nachrichten.

WTB. New York, 24. Jan. (Reuter.) In sozialistischen Kreisen verlautet, daß den 3 Sozialisten, die zur internationalen Sozialistenkonferenz nach Vancouver reisen wollten, die Pässe verweigert wurden.

WTB. Bera, 24. Jan. „Progres de Lyon“ erfährt aus Brüssel, Belgien, verlange in Afrika einen Weg vom Kongo zum Indischen Ozean, bestehe aber vor allem auf seinen Gebietsforderungen in Europa, nämlich Luxemburg, Limburg und der Scheldemündung.

WTB. Berlin, 24. Jan. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, hat die Entente den in den Ländern der Mittelmächte sich aufhaltenden Bulgaren gestattet, ungehindert in die Heimat zurückzukehren.

WTB. Berlin, 24. Jan. Zur Frage, was jetzt getan werden muß, um die Arbeitslosigkeit herabzumildern, heißt es im „Vorwärts“: Die einzige Möglichkeit, nutzbringend die gegenwärtig brach liegenden Kräfte zu beschäftigen und die weitere kolossale Wertvernichtung durch Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung zu vermeiden, ist, die Arbeitslosen zur Herstellung neuer Felder und Wiesen heranzuziehen und der Verbreiterung des Nahrungsmittelspielraums des deutschen Volkes nutzbar zu machen.

WTB. Berlin, 24. Jan. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Brockdorff-Raplan, in der sich dieser über den Anschluß Deutsch Oesterreichs etwa dahin äußerte: Von unserer Gegnern hat sich leider Frankreich unbedingt dagegen ausgesprochen. Andererseits machen sich innere Widerstände einzelner wirtschaftlichen Interessenten und gewisse noch zögernde politische Kreise in Deutsch Oesterreich gegen den Anschluß bemerkbar. Hier ist sich Optimist und hoffe, daß die großen nationalen und politischen Beweggründe, die für den Anschluß sprechen, den letzteren verwicklichen helfen werden. Alle Deutsche, sowohl in Deutschland wie in Deutsch Oesterreich, sollten sich in diesen entscheidungsschweren Tagen darüber klar sein, was für die Zukunft auf dem Spiele steht und über die unvermeidlichen sozialen und parteipolitischen Kämpfe des Tages das große historische Ziel einer Wiedervereinigung nicht aus den Augen verlieren.

WTB. Berlin, 24. Jan. Laut „Täglicher Rundschau“ wird am kommenden Dienstag in Weimar eine Reichsfinanzkonferenz zur Besprechung aller dringenden Finanz- und Steuerfragen abgehalten werden.

WTB. Berlin, 24. Jan. Eine am 22. d. M. von 2000 Personen besuchte Versammlung der Deutschen demokratischen Partei in Berlin erhob energisch Protest gegen jeden Plan einer Zerstückelung Preußens.

WTB. Berlin, 24. Jan. „Berliner Tageblatt“ beschloß die württ. Regierung einer Zerlegung Preußens zu widersprechen.

Laut „Berliner Tageblatt“ nahm in Düsseldorf eine Massenversammlung der Deutschen demokratischen Partei eine Entschiedenheit an, in der der Plan auf Zerstückelung des Reichs und Preußens abgelehrt wurde, da eine Republik Rheinland unter den heutigen Umständen mit innerer wirtschaftlicher und politischer Notwendigkeit zu einem Pufferstaat und zu einem Spielball in den Händen Frankreichs, Belgiens und Englands werden würde.

WTB. Berlin, 24. Jan. Die unhaltbaren wirtschaftlichen Zustände werden u. a. dadurch gekennzeichnet, daß allein der Landwirtschaft die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen geschätzt werden muß und schon jetzt die Frühjahrsbefstellung als ernstlich gefährdet erscheint. Die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entente ist aufs engste durch eine aufs höchste gesteigerte Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrielerzeugnissen bedingt. Gegen die ersiehend anwachsende Arbeitslosigkeit muß mit scharfen Maßnahmen aufgetreten werden und radikal durchzugreifen wird sich die Regierung, wie verschiedene Morgenblätter melden, nicht länger verlagern.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck über Süddeutschland, ein Ausläufer des im Norden sich befindlichen starken Maximums hat sich noch verstärkt. Trotzdem ist noch nicht mit Aufhellung zu rechnen, so daß am Samstag und Sonntag immer noch bedecktes, in der Hauptsache jedoch trübendes und mäßig kaltes Wetter zu erwarten ist.

Druck und Berichterstattung der W. Riedel'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Paul.

Bekanntmachung,

betr. die Entrichtung der Reichs-Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1918.

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in der Stadt Altensteig aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 bis spätestens Ende Januar 1919 dem Kameralamt schriftlich einzureichen, oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaus, sowie der Bergwerkbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satze von 5 v. Z. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommenen Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrag der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mk. bis 100 000 Mk. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, ungeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Bei diesem Anlaß wird darauf hingewiesen, daß, wer Luxusgegenstände der in § 8 des Gesetzes genannten Art im Kleinhandel oder Großhandel liefert, hieron innerhalb zweier Wochen nach dem Beginn des Unternehmens bei dem zuständigen Umsatzsteueramt Anzeige zu erstatten hat.

Werden Luxusgegenstände dieser Art außerhalb eines Gewerbes verkauft — z. B. ein dem Privatgebrauch dienendes Klavier —, so ist die Umsatzsteuer mittels Stempelmarken zu entrichten.

Ein Merkblatt für die allgemeine Reichs-Umsatzsteuer kann vom Kameralamt oder von den Ortssteuerämtern zum Preis von 20 Pfg. für das Stück bezogen werden.

Altensteig, den 25. Januar 1919.

Bezirkssteueramt: F. H.

Bappelstämme

kauft jedes Quantum

Möbelfabrik A. May,

Zweig Niederlassung Altensteig.

Altensteig.

Feinst eingemachte Rote Rüben

sind zum vorgeschr. Preis von 60 Pfg. das Pfund zu haben bei

G. W. Lutz Nachflg. Fritz Bühler jr.

Verkauf. Viegenschaften

aller Art werden sofort bei hohem Preis u. Anzahlung gesucht. Versch. losentloft. Besuch. Offerte unter „Viegenchaft“ Nürnberg 2 F. 14 83

Für 15. Februar oder 1. März

keisiges Mädchen

bei hohem Lohn

gesucht.

Neue Handelsschule Calw.

Haushälterin

oder Köchin

bei hohem Lohn

gesucht.

Sofort. Eintritt.

Frau Richard Gerßner

Pforzheim,

Goethestraße 14.

Stadt Altensteig.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich

am Montag, den 3. Febr., nachm. 2 Uhr auf dem Rathaus aus Geiseltann, Markhalde und Priemen und zwar:

1077 Fichten u. Tannen mit 116 Fm. Langholz	I. Klasse
213 "	II. "
211 "	III. "
152 "	IV. "
76 "	V. "
6 "	VI. "
25 Fm. Sägholz	I. "
32 "	II. "
7 "	III. "

Angebote sind schriftlich, in Prozenten der Forstpreise 1919 ausgedrückt, bis spätestens Montag, den 3. Febr. nachm. 2 Uhr, beim Stadtschultheißenamt einzureichen. Losverzeichnis und Verkaufsbedingungen von der städtischen Forstverwaltung.

Oberförster Pfister.

Lorenz Luz jr., Altensteig

empfehlte sein Lager in

extra ausgewählten starken u. soliden

Handleiterwagen



bei billigsten Preisen!